

## **NORDSEE-RESOLUTION**

### **Nordsee und Wattenmeer schützen**

Nordsee und Wattenmeer sind von herausragender ökologischer und ökonomischer Bedeutung: Mit jährlich 2,5 Mio. Tonnen stammen 4% der Weltfischereierträge aus der Nordsee. Rund 50 Mio. Menschen besuchen jährlich die Wattenmeer-Region. Gleichzeitig ist die Nordsee Heimat für zahlreiche Fisch- und Vogelarten, für Robben und Schweinswal. Das Wattenmeer ist mit 10.000 qkm Europas größtes Feuchtgebiet. Bis zu 10 Mio. Vögel halten sich hier gleichzeitig auf, Tausende See- hunde bevölkern die Sandbänke, viele Fischarten haben hier ihre Kinderstube.

Trotz vielfältiger internationaler Schutzabkommen sind wesentliche Probleme weiterhin ungelöst oder haben sich erheblich verschärft. Vorrangig gilt dies für die Fischerei und die Verschmutzung von Nordsee und Wattenmeer durch Nährstoffe und schwerabbaubare Schadstoffe über die Flüsse oder aus dem Betrieb von Schiffen und Off-Shore-Einrichtungen.

Örtliche Eingriffe wie mariner Bergbau, Marikulturen, Pipelines und Kabeltrassen sowie der beabsichtigte Ausbau der Windenergie können zusätzliche Belastungen darstellen.

Auf internationaler Ebene ist der Meeresschutz häufig nur ein Randthema das nur sektoral (Fischerei-, Agrar-, Chemikalien-, Gewässerschutzpolitik usw.) diskutiert wird. Es fehlt ein einheitliches, auf den Meeresschutz ausgerichtetes Vorgehen.

**Mit dieser Nordsee-Resolution fordern GROENLINKS und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine einheitliche Meeresschutzstrategie der Europäischen Union. Für die Nordsee ist sie ist sie durch rechtsverbindliche Vereinbarungen in einer Nordseeschutzstrategie der Anliegerstaaten zu konkretisieren. Diese Nordseeschutzstrategie soll zumindest die nachfolgenden Punkte umfassen:**

#### **1. Nachhaltige Fischereipolitik fördern**

Kabeljau, Seezunge, Schellfisch und zahlreiche weitere Nutzfischarten der Nordsee sind überfischt. Neben 1Mio. t. Konsumfische werden in der Nordsee ca. 1,2 Mio. t. durch die Industriefischerei zu Fischmehl verarbeitet, 550.000 t gehen als unerwünschter Beifang in die Netze.

- Forderungen von GROENLINKS und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Festsetzung von Gesamtfangquoten bzw. Fangverböten an der nachhaltigen Nutzungskapazität und nach wissenschaftlichen Vorgaben des internationalen Rates für Meeresschutz (ICES),
- Einführung dauerhaft oder zeitweise fischereifreier Zonen in Abhängigkeit der regionalen Bedeutung der Gebiete für den Bestandserhalt und die Meeresumwelt Verzicht der Befischung lagestabiler Miesmuschelbänke im Wattenmeer
- generelle Reduzierung der Industriefischerei Entwicklung und Einführung selektiverer Fangmethoden zur Reduzierung des Beifangs

- Einführung eines Gütesiegels für bestandserhaltende und ökosystemverträgliche Meeresfischerei in der EU (z.B. MSC).
- Schaffung einer gemeinsamen EU-Fischereiaufsichtsbehörde, die die nationalen Fischereikontrollinstanzen im Bereich der Nordsee zusammenfasst und die Kontroll- und Einsatzplanung koordiniert, um einen EU-einheitlichen Vollzug der Fischereiauflagen sicherzustellen
- Regional differenzierte Reduzierung von Fangkapazitäten angepasst an die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen und finanzielle Förderung des Umbaus fischereiabhängiger Wirtschaftsstrukturen
- Die Fischerei von essbaren Herzmuscheln muss eingestellt werden.

## 2. Schiffsbetrieb umweltfreundlich gestalten

Der Schiffsverkehr in der Deutschen Bucht wächst: Von 154.000 Schiffsbewegungen Ende der 90er Jahre wird ein Anstieg auf jährlich 200.000 für das Jahr 2010 erwartet. Regelmäßige Verölungen von Stränden und Meerestieren zeigen, dass trotz Verbots noch immer erhebliche Ölmengen illegal auf See beseitigt werden. Schiffsunfälle bergen die latente Gefahr einer Ölpest mit katastrophalen Folgen für das hochsensible Wattenmeer. Aufgrund des Einsatzes von Bunker- und Schwerölen als Schiffstreibstoff, verursacht die Schifffahrt ca. 1/3 der EU-weiten Gesamtemissionen von Schwefel- und Stickoxiden.

*Forderungen von GROENLINKS und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:*

- Ausbau der EU-Zuständigkeiten bei Kontrolle und Überwachung des Schiffsverkehrs und Bündelung der nationalen (deutschen) Vollzugszuständigkeiten in einer einheitlichen Küstenwache
- Verstärkte Überwachung des Seeverkehrs in der Nordsee aus der Luft
- Optimierung der Notfallvorsorge (Notschleppkapazitäten, Ölbekämpfungsschiffe)
- Europaweite Durchsetzung umfassender Hafenaufsichtskontrollen
- Doppelte Maschinen- und Ruderanlage bei Gefahrgutschiffen
- Einrichtung von Notliegeplätzen und Nothäfen mit entsprechenden Sicherheitseinrichtungen
- Weitere Absenkung der Emissionswerte bei Schiffsabgasen durch EU-Vorgaben und Gebührenanreize für schadstoffarme Schiffe
- Inhaltliche Ausgestaltung des "Besonders empfindlichen Meeresgebietes Wattenmeer" u.a. durch Einrichtung einer zentralen Einsatzleitung zur Überwachung des Schiffsverkehrs, Einlaufverbot für Schiffe ohne Notschleppgeschirr, Verbot von Schnellfahrten und seewärtige Verlagerung der Verkehrstrennungsgebiete

## 3. Schadstoffe minimieren!

Trotz mehrjährigen EU-weiten Verbotes verschiedener Schwermetalle und organischer Schadstoffe (z.B. DDT), sind noch immer hohe Konzentrationen in Meerestieren nachweisbar, da sie sich nicht oder nur sehr langsam abbauen. Für andere langlebige und giftige Stoffe wie z.B. Moschusverbindungen oder bromierte Flammschutzmittel ist das Vorsorgeprinzip bisher nicht hinreichend verankert.

Radioaktive Abwässer gelangen von den Wiederaufbereitungsanlagen La Hague und Sellafield in die Nordsee.

#### *Forderungen von GROENLINKS und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:*

- Umsetzung des sog. "Generationenziels" der Nordseeschutzkonferenz und der Oslo-Paris-Konvention (bis 2020: Reduzierung von Schwermetallen auf die natürlichen Hintergrundwerte und Absenkung der Konzentration langlebiger Gifte und Schadstoffe auf ein Niveau nahe Null) durch Verankerung in allen entsprechenden EU-Normen und nationalen Regelungen (z.B. REACH-Zulassungsverfahren der EU, Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie)
- Die Verfügbarkeit ungefährlicherer Alternativstoffe ist bei der Zulassung als eigenständiger Versagensgrund zu verankern.
- Radioaktive Einleitungen in die Meeresumwelt sind gänzlich zu beenden.

#### **4. Überdüngung von Nordsee und Wattenmeer stoppen**

Der Eintrag von Stickstoff über die Flüsse ist weiterhin erheblich.

Ursächlich sind in erster Linie Düngereinträge aus der Landwirtschaft, 20% der Stickstoffeinträge in die Nordsee stammen aus der Luft (Ammoniak, Stickoxide und Reaktionsprodukte aus Verbrennungsprozessen). Folgen der Überdüngung sind Verschiebungen im Artenspektrum, unnatürliche Algenvermehrungen ("Algenblüte") mit nachfolgenden Sauerstoffzehrungen insbesondere am Boden ("Schwarze Flecken" im Wattenmeer).

#### *Forderungen von GROENLINKS und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*

- Die Landwirtschaftspolitik der EU ist stärker auf den Gewässer- und Meeresschutz auszurichten; Düngereinsatz ist auf den Pflanzenbedarf zu begrenzen, Düngerausträge sind zu reduzieren.
- Die Zahlung der Agrarbeihilfen ist konsequent von der Produktionsmenge zu entkoppeln, freiwerdende Mittel sind stärker an umweltbezogene Leistungen zu binden,
- Flächenabhängige Begrenzung der Tierzahlen
- Erhalt des Grünlandanteils, Verzicht auf Ackernutzung in Überschwemmungsgebieten
- Sicherung einer ganzjährigen Pflanzendecke Berücksichtigung der Nährstoffsituation von Nordsee und Wattenmeer bei Aufstellung der nationalen Maßnahmenprogramme zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
- Wir wollen umweltschonende Formen der Landwirtschaft und insbesondere den ökologischen Landbau fördern, da er mit weitgehend geschlossenen Nährstoffkreisläufen den Kriterien des Gewässerschutzes am ehesten gerecht wird.
- Darüber hinaus ist bei der Weiterentwicklung des Verkehrs auch aus Gründen des Meeresschutzes die Schiene als Verkehrsträger vor der Straße oder dem Flugverkehr zu bevorzugen.

#### **5. Meeresschutzgebiete sichern und Raumnutzungen abstimmen**

Die Nutzungsansprüche an die Nordsee sind vielfältig: Wirtschaftliche Nutzungen wie Schifffahrt, Fischerei, Tourismus, Rohstoff- und Energiegewinnung (fossile Brennstoffe und Windkraftnutzung) konkurrieren zunehmend mit den Belangen des Naturschutzes.

Große Teile der Niederländischen und Deutschen Watten sind als Natura 2000-Gebiete anerkannt. Darüber hinaus hat Deutschland in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) weitere Flächen als Natura 2000 - Gebiete vorgeschlagen.

### **Forderungen von GROENLINKS und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

- Meldung des Wattengebietes gemeinsam mit Dänemark als Weltnaturerbe
- Verbindliche Steuerung unterschiedlicher Raumnutzungen durch eine marine Raumplanung in der Nordsee analog zur Raumplanung an Land, um sensible Lebensräume wirksam zu schützen und Nutzungskonflikte zu minimieren
- Unterschutzstellung sensibler Meeresgebiete auch über die Natura 2000-Gebietskulisse hinaus nach Maßgabe der Oslo-Paris-Konvention (OSLO-PARIS-Konvention 2003); Flussmündungen sind einzubeziehen
- Für Meeresschutzgebiete in der Nordsee sind einheitliche Kriterien für den Ausschluss unverträglicher Nutzungen unter Beachtung des Vorsorgeprinzips festzulegen
- Für Bauvorhaben auf See ist durch Planfeststellung unter Beachtung ökosystemarer Auswirkungen zu entscheiden; Eingriffe in die Meeresumwelt sind zu kompensieren.
- Die Erdgasförderung im Wattenmeer soll beendet werden.

### **Speziell sind folgende Regelungen zu treffen:**

- **Offshore-Ölförderung:** Vollständiges Verbot in Meeresschutzgebieten; Reduzierung von Öleinträgen
- **Offshore-Windparks:** Nach Aufstellung einer marinen Raumplanung sollen analog zu Landflächen Windparks in der „Ausschließlichen Wirtschaftszone“ grundsätzlich nur in Eigenungsgebieten errichtet werden. Pilotvorhaben in der 12-Seemeilen-Zone sind auf das erforderliche Maß zu beschränken
- **Kabel und Pipelines:** Bündelung der Trassen durch eine umfassende Netzplanung
- **Nordseehäfen:** Verzicht auf weitere Fahrwasserausbauten, Abstimmung durch Zusammenarbeit zwischen den Häfen, insbesondere zwischen den Containerhäfen Antwerpen, Rotterdam, Amsterdam, Wilhelmshaven, Bremerhaven und Hamburg
- **Marine Aquakultur:** Umsetzung des FAO-Richtlinien für die Entwicklung der Aquakultur (FAO 1995) in EU- und nationales Recht, Entwicklung von Kriterien für ein Öko-Label für Aquakultur-Produkte.

Wir wollen ein ökologisches Europa. GROENLINKS und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich im Europäischen Parlament für einen besseren Schutz der Meere und Küstenlandschaften der Nordsee einsetzen.